Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 18.12.2014

Sechste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung

Beschlussvorschlag:

Die 6. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.02.2014 das Grundlagenkonzept für das Kommunale Kompetenzzentrum für Bildungsinnovationen (**KoBi**) zur Kenntnis genommen und den Magistrat mit der Überprüfung der finanziellen Voraussetzungen sowie der Erarbeitungen eines Konzeptvorschlages beauftragt. Am 12.06.2014 wurde das Konzept für das KoBi sowie die 4. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung beschlossen.

Mit der geschäftsführenden Leitung sollte kein Arbeitsverhältnis auch kein geringfügiges Arbeitsverhältnis mit allen arbeitsrechtlichen Folgen wie Sozialversicherung, Urlaub, Krankheit begründet werden. Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen der Leitung eine monatliche Aufwandsentschädigung auszuzahlen.

Nach Veröffentlichung und In-Kraft-Treten der Entschädigungssatzung wurde diese an die Kommunalaufsicht zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Die Kommunalaufsicht hat die Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung an die geschäftsführende Leitung beanstandet, weil hier keine ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne des § 27 HGO i.V.m. § 21 HGO vorliegt. Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist nach allgemeiner Definition die unentgeltliche Mitwirkung an Aufgaben der Gemeinde.

Auf eine Stellungnahme der Stadt Weiterstadt hat die Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 31.10.2014 sinngemäß geantwortet.

Das Vorliegen einer ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Geschäftsführenden Leitung wird verneint. Eine ehrenamtliche Tätigkeit liegt grundsätzlich nur dann vor, wenn sie unentgeltlich und nicht als Haupt- oder Nebenberuf ausgeübt wird. Dies war jedoch bis April der Fall. Weiterhin gehört das Betreiben des KoBi nicht zu den originären Aufgaben der Gemeinden.

Weiterhin wurde uns mitgeteilt, dass die Kommunalaufsicht beabsichtigt, **den gefassten Beschluss über die 4. Änderungssatzung aufzuheben sofern die Stadtverordnetenversammlung nicht einen entsprechenden Beschluss fasst.**

Drucksache IX/0800/5

Mit der Kommunalaufsicht wurde vereinbart, dass vor Aufhebung der 4. Entschädigungssatzung noch eine Rechtsauskunft des HSGB eingeholt wird. Der HSGB hat mittlerweile die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht bestätigt.

Aus diesem Grund wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen die 6. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung zu beschließen.

"Artikel I

§ 3 Abs. 2 und 3 Aufwandsentschädigung wird wie folgt neu gefasst:

- (2) Neben der Aufwandsentschädigung gemäß Abs. 1 erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung
- a) die Stadtverordneten in Höhe von 43,00 €;
 - b) die/der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von 125,00 €;
 - c) die/der stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung und die Vorsitzenden der Ausschüsse in Höhe von 50,00 €;
 - d) die ehrenamtliche Erste Stadträtin/der ehrenamtliche Erste Stadtrat in Höhe von 130,00 €;
 - e) die ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträte in Höhe von 40,00 €;
 - f) die Vorsitzenden der Fraktionen in Höhe von 124,00 €;
 - g) die/der Vorsitzende des Ausländerbeirates in Höhe von 15,00 €;
 - h) die/der Vorsitzende des Seniorenbeirates in Höhe von 15,00 €;
 - i) die/der Vorsitzende des Partnerschaftskomitees in Höhe von 15,00 €;
 - j) die/der Behindertenbeauftragte in Höhe von 15,00 €;
 - ~~k) die geschäftsführende Leiterin / der geschäftsführende Leiter des Kommunalen Kompetenzzentrums für Bildungsinnovation Weiterstadt in Höhe von 400,00 €.~~ -Herausnahme des Buchstaben K

(3) Die Zahlung der monatlichen Aufwandsentschädigung nach Abs. 2, Buchstabe a bis ~~k~~ j, wird eingestellt, wenn die entsprechende Person mehr als drei Monate bei den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied angehört, unentschuldigt fehlt. Nimmt die entsprechende Person ihre ehrenamtliche Tätigkeit wieder auf, erfolgt ab diesem Monat wieder die Auszahlung der monatlichen Aufwandsentschädigung.

Artikel II

Die Satzung tritt am 01.01.2015 in Kraft."

Am 01.12.2014 wurde Frau Wilhelm vom Fachbereich IV und Herrn Assel als Geschäftsführenden Leiter des KoBi der Sachverhalt erörtert. Sie werden die beschlossene Geschäftsordnung überarbeiten und zu gegebener Zeit der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegen.

Der Sachverhalt wurde am 09.12.2014 im Magistrat beraten.

- Möller -
Bürgermeister

Anlage

Sechste Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung